

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. S. m. b. H.  
Breslau 1, Mittelstraße 49/50

# Schlesische

Dienstag, den 8. Juni 1920

Kontaktschreiber: Ring 4887. — Telegr. Adresse: Breslau-Postamt.  
Redaktion: Breslau 1, Mittelstr. 49/50.

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Rufträger oder durch die Post: monatlich 2 50 Mk., vierteljährlich 7 50 Mk. frei ins Haus.  
Verlagsadresse: Sozialistischer Verlag, e. S. m. b. H., Breslau  
Anzeigenpreise: Die angegebene Millimeterzeile oder deren Raum 0 30 Mk., oberwärts 1 00 Mk. — Zusätze für Wohnungsverhältnisse, Familienanzeigen, Besondere und Besondere Anzeigen 0 50 Mk. — Kellern: Die Anzeigenzeile vierteljährlich oder deren Raum unter 200 3 — Mk.

## Große Wahlerfolge der U. S. P. D.

### Die Wahl

zum ersten deutschen Reichstag nach dem 9. November ist vorüber. Die Wahlergebnisse sind noch nicht endgültig und verchieben sich dauernd. Wir werden daher erst dann Ziffern veröffentlichen, wenn das endgültige Ergebnis vorliegt. Soviel sich aber schon jetzt feststellen lässt, daß unsere Partei große Erfolge errungen hat, während die S. P. D. eine gewaltige Niederlage erlitt. Ebenso erging es den Demokraten. Auch das Zentrum scheint Stimmen eingebüßt zu haben. Taggen hat die Deutsche Volkspartei größere Erfolge errungen; die Deutschnationalen scheinen ebenfalls günstig ab. Wenn man bedenkt, daß unsere Partei eigentlich erst seit November 1918 wirklich existiert, heute noch zum großen Teil schlechte Presse- und Organisationsverhältnisse hat, so ist der Wahlerfolg ein Erfolg, den man so hoch zu bewerten und nicht in der Geschichte der sozialistischen Bewegung einzuzugreifen. Eine sozialistische Parlamentsmehrheit scheint nicht vorhanden zu sein. Wahrscheinlich wird der berüchtigte Ebnungsstich erfolgen.

### Die Konterrevolution

rückt weiter. Die Beispiele für die Vorbereitungen zu militärischen Unternehmen der Reaktion häufen sich derart, daß sie überhaupt nur noch summarisch angegeben werden können.

In der Richterschen Druckerei in Buchenwalde sind auf Veranlassung einer hohen militärischen Stelle Plakate mit folgendem berüchtigten Text hergestellt worden:

Halt!  
Wer weitergeht,  
auf den wird  
geschossen!

Was in Buchenwalde geschieht, ist natürlich auch anderswo der Fall.

Selbst der Reichswehrminister sagte, im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen, bei einer Sonderbesprechung mit den Vertretern des R. F. V. in Breslau, als von der Möglichkeit eines neuen Putsches die Rede war, wörtlich:

„Auch ich glaube an einen neuen Putsch.“

Jedenfalls darf das Proletariat nicht eine Minute ruhen, die abwehrt zu organisieren.

### Hilfe für Sowjetrußland.

Der Bezirksrat für die chemische Industrie Mitteldeutschlands riefte an alle Betriebsräte Deutschlands die Aufforderung, dem Beispiel der Arbeiter der Entente und der neutralen Länder zu folgen und die Arbeit zu verweigern, die den polnischen kapitalistischen Raubzug irgendwie fördern könnte. Kein deutscher Arbeiter, Angestellter oder Beamter darf zum Vertreter an seiner Klasse, zum Lohngräber der russischen Freiheit, zum Kreuzer des politischen oder zum Förderer des wirtschaftlichen Faschismus werden.

### Norwegen und Sowjetrußland.

Der Storting hat zur Wiederaufnahme des Handels mit Rußland, besonders behufs Ablass von Fischereizugfischen, die Regierung aufgefordert, norwegische Delegationen nach Rußland zu entsenden, um Verhandlungen einzuleiten.

### Das Urteil gegen die Volkshand-Regierung.

Der Revolutionärgerichtshof hat in der Angelegenheit der Mitglieder der ehemaligen Regierung Kollisch das Urteil gefällt. Dieses lautet:

1. daß sie sich an einer Verschwörung unter Mitwirkung auswärtiger Regierungen gegen die Arbeiterregierung beteiligt haben und die Wiederaufstellung des alten zaristischen Regimes bezweckt haben.
2. daß sie einen bewaffneten Aufstand gegen die Arbeiterregierung organisiert haben.
3. daß sie das Eigentum Sowjetrußlands geplündert und den fremden Regierungen ausgeliefert haben.
4. daß sie in verräterischer Weise bewaffnete Truppen ausländischer imperialistischer Regierungen gegen den Staat, dem sie selbst angehören, einberufen haben.
5. daß sie eine Massenverwüfung russischen Staatsigentums und des Eigentums der arbeitenden Bevölkerung verurteilt haben.
6. daß sie systematisch eine Massenmordorgane organisiert haben.

Verurteilt wurden im ganzen 24 Personen, darunter fünf zum Tode durch Erschießen. Die übrigen zu Zwangsarbeit entweder auf Lebenszeit oder auf 10 und 5 Jahre.

lediglich als Markt für die Darlehen der Vereinigten Staaten an die Verbündeten ist New-York bis jetzt an seine Stelle getreten.

Seit dem Waffenstillstand hat sich die britische Ausfuhr in verarbeiteten Waren verdoppelt, in Nahrungsmitteln, Getreide, Tabak und Holzstoffen vierfach, die Weltausfuhr ungefährer Güter verdreifacht. Das Jahr 1919 ist auch auf dem Gebiet des Handels bedeckt durch gewaltige Finanzkrisen: 29 Sverdrupoffizier-Werke haben sich vereinigt zur Goldens Limited mit einem Nominalkapital von 18 000 000 Pfund; große Eisen- und Stahlwerke haben sich vereinigt; U. S. Steel Limited und Metropolitan Wagon haben Westinghouse Company in die Hand genommen; die englische elektrische Industrie soll an die erste Stelle der Welt gebracht werden; General Electric hat ihr Nominalkapital des Jahres 1919 von 18 000 000 Pfund auf 38 000 000 Pfund erhöht. Sir Thomas Grennam, der Leiter des Department of Overseas Trade, die britische Regierung plant eine große Handelsoffensive übersee. Sie hat große wandernde Handelsausstellungen für Südafrika, Asien, Neuseeland und Kanada, dann auch für Südamerika und die Vereinigten Staaten ins Auge gefaßt. 1920 verspricht das größte Jahr in der Geschichte des britischen Handels zu werden.

England rechnet damit, daß die großen amerikanischen Felder, die zurzeit 60 Prozent des gesamten Petroleums liefern, sich in weniger als einem Jahrzehnt erschöpfen werden. Es hat sich bereits in den Besitz der wichtigsten Felder der Welt gesetzt. Auf der Welt sind die Amerikaner bereits überall durch England abgekehrt. Die wertvollsten Konzessionen in Venezuela und Ecuador gehören der ganz britischen Akzo-Gruppe. Die Shell-Gruppe, deren vollständig eingezahltes Kapital auf 100 000 000 Pfund geschätzt wird, hat ausschließlich über herrschenden Anteil an allen bedeutenden Feldern der Welt — in Mexiko, Rußland, Niederländisch-Indien, Kanada, Ägypten, Venezuela, Trinidad, Indien, Ceylon, den Malakken, Nord- und Südchina, Siam, den Straits Settlements und den Philippinen. In wenigen Jahren, rechnet man, wird sie allein nicht viel weniger als ein Viertel des Weltangebots beherrschen.

Generalissimo Polaris in London berichtet, daß zwei große Exportverlagerungspläne im Werke sind, mit der Absicht, die neuen Nationen Europas bei der Organisation ihres Außenhandels zu unterstützen und diesen damit in britische Hände zu leiten; einer davon ist ein privates Unternehmen, der andere wird von der Regierung betrieben durch den British Board of Trade.

Die Unterzeichnung des Unterausschusses für Handelsmarine und Fischerei im amerikanischen Präsidentenhaus hat festgestellt, daß von sämtlichen Seevereicherungen in den Vereinigten Staaten noch heute nur ein Drittel auf amerikanisch, Gesellschaften entfällt, zwei Drittel auf fremde — das heißt im wesentlichen britische.

So konnte Lord Curzon bei der Vorlage des Friedensvertrages im Oberhaus feststellen: „England hat in diesem Kriege alles und in der Tat noch viel mehr als alles gewonnen, was es sich vorgenommen hatte zu gewinnen.“

### Aus dem „christlichen“ Ungarn.

#### Die täglichen Leidenfunde.

Im „Pester Lloyd“ finden wir zu diesem ständigen Thema folgende Beiträge: Am 31. Mai morgens wurde unter der Brücke des Stadtwaldschentiches im Wasser der 47 Jahre alte, ledige Großhändler Georg Kanig tot aufgefunden. Der Tod war infolge äußerer Gewalt eingetreten. Vor dem Hause Arena-ut 70 wurde am 1. d. Mts. früh die Leiche des 50jährigen Schuhmachers Adolf Weiß aufgefunden. Das Blatt „Bilag“ berichtet: Sonntag wurden aus der Donau zwei Leichen ausgefischt. Die eine war der Leichnam eines fünfzigjährigen, der bei der Eisenbahnbrücke bemerkt wurde. An der Schiffe befindet sich eine Schußwunde. Der andere Leichnam wurde in Neupest am Ufer gespült; es ist ein Unbekannter, der 30—35 Jahre alt sein dürfte. Als ein Witwe des Selbstmordes ruft in diesem Zusammenhang der Fabrikdirektor Emil Wankner erwähnt werden. Er wurde tot in einem Graben, unmittelbar hinter dem Ufer, aufgefunden; er hatte einen Revolver in der Hand und hatte eine tödliche Schußwunde an der Schenkel- und eine andere im Rücken. Nach dem Ansehen

### Aus der Internationale.

#### Das englische Weltreich.

Amerikanische Quellen entnehmen wir die folgenden Zusammenstellungen:

Das englische Weltreich umfaßte bei Kriegsbeginn eine Landfläche von 13 153 712 Quadratkilometern (das russische 8 647 667, das französische Kolonialreich 4 933 086, die Vereinigten Staaten 3 743 662, Brasilien 2 292 000, das deutsche Kolonialreich 1 236 600 Quadratkilometern). Während des Krieges hat England noch dazu gewonnen:

| Quadratkilometer                      | Bevölkerung | Regierungsform                       |
|---------------------------------------|-------------|--------------------------------------|
| Mesopotamien                          | 143 000     | 2 000 000 Brit. Verwaltung           |
| Palästina                             | 16 000      | 500 000 Brit. Verwaltung             |
| Oman                                  | 82 000      | 300 000 Engl. u. Frankreich          |
| Ägypten                               | 350 000     | 12 000 000 Großbritannien            |
| Deutschsüdwestafrika                  | 334 000     | 8 000 000 Großbritannien             |
| Deutschsüdwestafrika                  | 322 000     | 200 000 Südafrika                    |
| Kamerun                               | 191 000     | 2 500 000 Engl. u. Frankreich        |
| Togo                                  | 23 000      | 1 000 000 Engl. u. Frankreich        |
| Kaiser Wilhelmland                    | 70 000      | 250 000 Australien                   |
| Deutsch-Samoa                         | 1 200       | 40 000 Australien                    |
| Nauru Island (in der Marschallinseln) |             |                                      |
| Drahtlose Station)                    |             |                                      |
| Deutsche Seeinseln                    | 15 000      | 350 000 Britisches Mandat Australien |
|                                       | 1 867 200   | 27 340 000 Einwohner.                |

Das britische Weltreich umfaßt also jetzt mehr als ein Viertel der gesamten Landfläche der Erde und erheblich mehr als ein Viertel all ihrer Bewohner.

Nach den Angaben des Schiffsministeriums im Unterhaus betragen die Verluste der britischen Handelsmarine im Kriege vom 4. August 1914 bis 11. November 1918 2479 Schiffe mit 7 750 000 Bruttotonnen. Nach britischen Schätzungen

berichten übertrifft die gegenwärtige englische Gesamttonnage trotzdem die vor dem Kriege um 5 Prozent.

Von der deutschen Kriegsflotte erhält England nach den Beschlüssen des Obersten Rates 70 Prozent, Frankreich und Italien je 10 Prozent, Japan 8 Prozent, die Vereinigten Staaten 2 Prozent; jedoch haben die Vereinigten Staaten, auf besondere Weisung Wilsons, ihren Anteil (sieben Schiffe der Imperatorklasse mit einer Gesamttonnage von 165 635 Tonnen) an England abgetreten.

Die britische Admiralität hat Maßnahmen getroffen, 1000 torpedierte Schiffe (zwischen 200 und 10 000 Tonnen), die nicht tiefer als 120 Fuß rund um die britischen Inseln unter Wasser liegen, zu haben.

Die englische Schiffbauindustrie hat ihre durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit bereits in größtem Stil wieder aufgenommen. In den letzten neun Monaten von 1919 sind (nach Lloyd's Register) im Vereinigten Königreich bereits wieder 757 Handelsschiffe mit 2 994 000 Tonnen im Bau gewesen — dazu noch 113 Schiffe mit 251 000 Tonnen in den Kolonien, insgesamt 870 Schiffe mit 3 245 000 Tonnen. Der Meist der Vereinigten Staaten in der gleichen Zeit betrug 647 Schiffe mit 2 966 000 Tonnen. Auf allen übrigen Werften der Erde zusammen waren gleichzeitig 1 619 000 Tonnen Handelsschiff im Bau (davon an erster Stelle auf den holländischen 328 000 Tonnen). Die erst während des Krieges emporgeschossene, fast ganz in Regierungshänden befindliche amerikanische Schiffbauindustrie arbeitet im Durchschnitt um das Zweieinhalb- bis Dreieinhalbfache teurer als die englische, die Löhne für Deck- und Maschinengewerksleute sind in Amerika zweieinhalbmal höher als in England. Der amerikanischen Schifffahrt fehlen Transportagenturen in den Haupthäfen der Erde.

London hat seine Stellung als finanzieller Mittelpunkt des Weltverkehrs über den Weltkrieg hinweg aufrecht erhalten;

Bejand waren beide Wunden darauf beschaffen, daß der Tod sofort eintreten mußte. Ein geschickter Mann, dieser Fabrikdirektor, der sich, nachdem er sich schon einmal erschossen, noch eine andere tödliche Verwundung zufügen konnte!

In der Nähe von Miskolc wurde im Sajoßluß eine Leiche gefunden. Die Gendarmerie agnoszierte in der Leiche den fünfzigjährigen Arbeiter Karl Kalusta, der während der Diktatur Mitglied des Direktoriums der Gemeinde Sajocsek war und seit November vorigen Jahres vermisst wurde. Die Leiche wies zahlreiche Verwundungen auf.

# Republik Deutschland

## Das Existenzminimum im Mai.

Von Dr. H. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Besserung unserer Saluta hat auch für den Mai noch keine Verringerung der Kosten des Existenzminimums gebracht. Zwar waren Kleidung, Schuhwerk und einige Nahrungsmittel, wie Reis, billiger als im April. Aber die rationierten Waren sind im allgemeinen noch teurer geworden. Das gilt besonders für Brot, Fleisch, Kartoffeln und Zucker. In Groß-Berlin kosteten so Brot, Zucker und Milch 9mal soviel wie vor dem Kriege, Kartoffeln 13mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 22mal soviel, Schmalz 29mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Vierzehnfache. In den vier Wochen vom 3. bis 30. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

|                         | Preis<br>Mai 1920 | Preis<br>Mai 1914 |
|-------------------------|-------------------|-------------------|
| 7600 Gramm Brot         | 1615              | 185               |
| 125 " Feigwaren         | 50                | 10                |
| 625 " Nahrungsmittel    | 115               | 25                |
| 1900 " Hülsenfrüchte    | 1314              | 76                |
| 8500 " Kartoffeln       | 680               | 51                |
| 1000 " Fleisch          | 2248              | 170               |
| 80 " Butter             | 300               | 21                |
| 500 " Margarine         | 1765              | 80                |
| 500 " Schmalz, Bratfett | 2000              | 70                |
| 700 " Zucker            | 280               | 31                |
| 500 " Marmelade         | 450               | 30                |
|                         | 10817             | 749               |

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 108,17 Mk. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 7,49 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochenburchschnitt nur etwa 11800 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 27 Mk. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7mal 2400 gleich 16800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16800 weniger 11800 gleich 5600 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billiger tun, indem sie sich 1 1/2 Pfd. Hefenbrot für 5,25 Mk., 1 Pfd. Erbsen für 4,50 Mk., 1 Pfd. Marmelade für 6,50 Mk. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also 43 Mk. kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7mal 3000 gleich 21000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von 1/2 Pfd. Reis für 5 Mk., 1/2 Pfd. Schmalz für 14 Mk., 8 Pfd. Gemüse für 8 Mk. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 70 Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 167 Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts

und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 6 Mk., für Heizung 16,10 Mk., für Beleuchtung 6 Mk.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 42 Mk., Frau 28 Mk., Kind 14 Mk.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Mai 1920 in Groß-Berlin:

|                      | Mann | Ehepaar | Ehepaar<br>mit 2 Kindern |
|----------------------|------|---------|--------------------------|
| Ernährung            | 70   | 113     | 167                      |
| Wohnung              | 9    | 9       | 9                        |
| Heizung, Beleuchtung | 22   | 22      | 22                       |
| Bekleidung           | 42   | 70      | 98                       |
| Sonstiges            | 36   | 54      | 74                       |
|                      | 179  | 268     | 370                      |

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 30 Mk.

## Die proletarische Revolution.

Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgehenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt bereitet es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitalistenhaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. In dem Maße, wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schwindet auch die politische Autorität des Staates ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst — frei.

Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus. Friedrich Engels.

für ein kinderloses Ehepaar 45 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis 10 Jahren 62 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 9300 Mk., für das kinderlose Ehepaar 14000 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 19300 Mk.

Vom Mai 1914 bis zum Mai 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,65 Mk. auf 179 Mk., d. h. auf das 10,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 Mk. auf 268 Mk., d. h. auf das 12,1fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 Mk. auf 370 Mk., d. h. auf das 12,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 8 bis 9 Pfd. wert. Wie in Berlin, ist es in den anderen Städten Deutschlands mehr oder weniger so. Die Löhne und Gehälter erreichen aber das Existenzminimum selten.

## Was kostet der neue Militarismus?

Der von den Rechtssozialisten ins Leben gerufene neue Militarismus frisst wie ein Vampyr am Mark des Volkes. Die Abwicklungskosten haben im letzten Etatsjahr allein 5 1/2 Milliarden Mark verschlungen. Der eigentliche Militäretat aber, der die Kosten für die Reichswehr festlegt, hat im letzten Jahre über 2 Milliarden verbraucht, darunter allein 20 Millionen Mark für die 1740 Offiziere und höheren Beamten, die im Reichswehrministerium und in den oberen Kommandostellen mit dem Schutz der Republik betraut sind und die diesen Schutz so gut ausgeführt haben, daß am 13. März der Kapp-Putsch von militärischer Seite nicht den leisesten Widerstand fand.

Neben der Reichswehr wurden aus Staatsmitteln auch die Kosten der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligen bestritten, die ebenfalls mindestens 10 Millionen Mark im letzten Jahre verschlangen, und die zum Dank dafür im Augenblick der Gefahr der Republik den Gehorsam verweigerten, sie am 13. März im Verein mit der konterrevolutionären Reichswehr zu stürzen versuchten. Welche Summen die Sicherheitspolizei jährlich verschlingt, steht noch nicht fest. Es werden aber laßlicher mehrere hundert Millionen Mark in Frage kommen. Auch das Spitzelwesen, das die militärischen Dienststellen betreiben, um die Arbeiterbewegung niederzuhalten und die Gegenrevolution zu fördern, kostet mehrere Millionen Mark im Jahre.

Nie wurde das Volk in so schamloser Weise belogen wie durch Noske über die neue Wehrmacht. Er hat im Parlament dauernd mit falschen Zahlen operiert, hat die Öffentlichkeit über die wirkliche Stärke der Wehrmacht beharrlich irreführt. Auch für die Kosten für das Balkenabenteurer, das ein paar verbrecherische Offiziere ungestraft ausführen konnten, sind Hunderte von Millionen Mark aus Staatsmitteln bewilligt worden. Dabei wurden riesige Bestände an Bekleidungsstücken, Mänteln, Hosen, Mänteln, Stiefel, Wäsche, die der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen konnten, nach dem Balken verschoben. Millionenwerte gingen dem deutschen Staate auf diese Weise verloren, aber die deutschen Offizierskieber, die diesem Betrug verübten, um sich gesund zu machen, blieben unbehelligt.

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Erzeugung und Gewinne.

Die Bilanzen des Wirtschaftsjahres 1919 haben einige sehr bezeichnende Übereinstimmungen zu verzeichnen. Fast überall stehen erhöhte Gewinne einer bedeutend verringerten Erzeugung gegenüber. Auch in der Kohlenindustrie, die sich bei den amtlichen Preisen niemals beruhigen konnte und immer über die kolossale Steigerung der Förderkosten jette, ergibt sich das gleiche Bild. Die Gewerkschaft des Steintohlenbergwerks Ber. Helene und Amalie, Essen, hat 1919 nur 658331 t gegen 842751 t im Jahre 1918 gefördert, die Herstellung von Teer hat sich von über 10 Millionen kg auf etwa 5,72 kg, die von schwefelsaurem Ammoniak von 4 1/2 auf 2 1/4 Millionen kg verringert, während sich der Gewinn von noch nicht 2 1/4 auf über 2 1/2 Millionen Mk. gesteigert hat.

Die Metallgewerkschaft Thüringen verteilt für 1919 eine Ausbeute von 1000 pro Tag. Wie groß die Exportgewinne dieses Wertes sein müssen, ergibt sich aus einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“, die darauf hinweist, daß die Gewerkschaft noch Ende November 1919 damit umging, wegen großer Verluste eine Zuzahlung von 1 1/2 Millionen Mk. von den Inhabern der Ruxe zu fordern, während sich nunmehr ohne irgend eine Zuzahlung diese hübsche Ausbeute ergibt. Wie oft ist der deutschen Arbeiterschaft die Sozialisierung der Kohle und der Metallindustrie zugesagt worden!

## Die Antwort Mostaus.

(1. Fortsetzung.)

### II. Die Hauptfehler der U. S. P. und der „Zentrums-Parteien“ überhaup.

Die Ideologie der Führer der U. S. P. ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Auf demselben Standpunkt stehen die Kongruisten in Frankreich, die F. L. P. in England, die U. S. P. in Amerika und andere. Ihre Eigenartlichkeit ist das beständige Schwanken zwischen dem offenen Sozialterror vom Typus Noske und der Linie des revolutionären Proletariats, d. h. des Kommunismus. Diese Fehler lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die Diktatur bedeutet den Sturz der Bourgeoisie durch eine Klasse, das Proletariat, und zwar durch keine revolutionäre Avantgarde. Es heißt in Wirklichkeit, den Gesichtspunkt der Diktatur des Proletariats zu verlassen und tatsächlich auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie überzugehen, wenn man verlangt: daß die Avantgarde sich erst die Mehrheit des Volkes durch Wahlen in die bürgerlichen Parlamente, in bürgerliche Komitees usw. erwerben müsse, d. h. durch Kompromisse bei Vorhandensein von Sozialklassen, bei Vorhandensein von Privateigentum an Produktionsmitteln.

So handeln die Führer der rechten Unabhängigen und der französischen Kongruisten. Diese Parteien wiederholen die Parolen der bürgerlichen Demokratie über die Mehrheit des „Volkes“ (das von der Bourgeoisie betrogen und vom Kapital niedergedrückt wird) und suchen objektiv noch auf der Seite der Bourgeoisie.

2. Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Widerstand der Ausbeuter mit Gewalt zu brechen, bedeutet die Bereitschaft, das Verbrechen, die Entschloffenheit, dies zu tun. Die Bourgeoisie, jenseit der republikanischen und demokratischen (z. B. in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika) graßt hysterisch zu Pogromen, zur Erschließung, zu Morden, zu militärischen Gewalttaten, zum

Terror gegen die Kommunisten und in Wirklichkeit gegen alle revolutionären Schritte des Proletariats. Unter diesen Bedingungen auf die Anwendung von Gewalt, auf den Terror zu verzichten, heißt, sich in einem wackerlichen Kleinbürger zu verwandeln, heißt reaktionäre Kleinbürgerliche Illusionen über den sozialen Frieden säen, heißt, — konkret gesprochen — Angst vor dem Handlegen der Offiziere haben.

Dem der verbrecherische und reaktionäre imperialistische Krieg von 1914—1918 hat in allen Ländern, in allen, sogar in den demokratischsten Republiken, Zehntausende der reaktionärsten Offiziere erzeugt und in den Vordergrund der Politik gestellt, die den Terror verbreiten und ihn zum besten der Bourgeoisie, zum besten des Kapitals gegen das Proletariat verwirklichen. — Die Reden einiger Führer der Unabhängigen auf dem Leipziger Kongress über die Frage der „moralischen Unzulässigkeit“ des Terrors trüben die Arbeiter in bezug auf die weisgarbigen Führer des Proletariats beweisen, daß diese Führer durch und durch mit kleinbürgerlichen Illusionen durchdrückt sind.

Das Verhalten zum Terror, das die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Kongruisten in Parlamenten, Zeitungsartikeln, in der Agitation und Propaganda offenbaren, ist daher ein vollständiges Lösgehen von dem Wesen der Diktatur des Proletariats, ein tatsächlicher Übergang zur Position der kleinbürgerlichen Demokratie, ist die Demoralisierung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter.

3. Dasselbe bezieht sich auf den Bürgerkrieg. Nach dem imperialistischen Krieg, angesichts der reaktionären Generale und Offiziere, die den Terror gegen das Proletariat anwandten, angesichts der Tatsache, daß schon eine imperialistische Krieg durch die gegenwärtige Politik aller bürgerlichen Staaten vorbereitet werden, und nicht nur bewußt vorbereitet werden, sondern mit objektiver Unvermeidlichkeit aus ihrer ganzen Politik folgen — unter diesen Bedingungen, bei dieser Situation des Bürgerkriegs gegen die Ausbeuter befragen, ihn verurteilen, ihn fürchten — heißt in Wirklichkeit, zum Reaktionär werden. — Das heißt, sich vor

dem Sieg der Arbeiter, der Zehntausende Opfer kosten kann, fürchten, und ganz sicher ein neues imperialistisches Blutbad zulassen, das zehntausende Millionen Opfer kostete und morgen ebensoviele Opfer kosten wird. Das heißt, den reaktionären und gewalttätigen Gepflogenheiten und Absichten und der Vorbereitung der bürgerlichen Generale und der bürgerlichen Offiziere tatsächlichen Vorschub leisten.

Derartig reaktionär ist in der Tat die süßliche, kleinbürgerliche, sentimentale Position der rechten Führer der deutschen Unabhängigen, wie auch der französischen Kongruisten in der Frage des Bürgerkriegs. Man schließt die Augen angesichts der weißen Garde, ihrer Vorbereitung und Schaffung durch die Bourgeoisie und wendet sich heuchlerisch, praxistisch (oder feige) ab von der Bildung einer Roten Garde, einer Roten Armee der Proletarier, die fähig wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken.

4. Die Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit bedeuten die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, den bürgerlichen (wenn auch republikanisch demokratischen) Staatsapparat, die Gerichte, die Bürokratie, die ganze wie die militärische um zu zerbrechen, in Stücke zu schlagen. Die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Kongruisten zeigen weder Erkenntnis dieser Wahrheit, noch tatsächliche Agitation in dieser Richtung. Ziel schlimmer: sie führen die ganze Agitation in entgegengesetztem Geiste.

5. Jede Revolution bedeutet, zum Unterschied von der Reform, eine Krise, und zwar eine an und für sich überaus tiefe politische und ökonomische, unabhängig von der durch den Krieg hervorgerufenen Krise. — Die Aufgabe der revolutionären Partei des Proletariats ist es, den Arbeitern und Bauern klarzulegen, daß man den Mut haben muß, dieser Krise tapfer zu begegnen und in den revolutionären Maßnahmen die Kraftquelle zu ihrer Überwindung zu finden. Nur durch Überwindung dieser größten Krisen durch revolutionären Entschluß, durch revolutionäre Energie, durch revolutionäre Bereitschaft zu den schwersten Opfern kann das Proletariat die Ausbeuter besiegen und die Menschheit endgültig vom Kriege, vom Joch des Kapitals, von der Sozialklaveri befreien. (Fortsetzung folgt)

## Reichsbank.

Der letzte Ausweis der Reichsbank zeigt eine verhältnismäßig geringe Vermehrung des Papiergeldumlaufes. Es sind nur 180 Millionen Banknoten neu in Zirkulation gesetzt worden. Dagegen hat sich der Umlauf an Darlehensschuldscheinen um zirku 160 Millionen verringert, so daß insgesamt nur etwa 20 Millionen Mark neu in Umlauf gekommen sind. Die Reichsbank war auch in der Lage, einen größeren Betrag Schatzanweisungen zu verkaufen, so daß diesmal kein Zugang, sondern ein Abgang von fast einer halben Milliarde Schatzanweisungen des Reiches zu verzeichnen ist.

## Baumaterialien.

Unsere Wohnungsnot nimmt einen immer größeren Umfang an, und die Errichtung neuer Häuser ist eines der dringendsten Erfordernisse. Wie es ganz selbstverständlich ist, zeigt sich aber auch in der Baumaterialindustrie die Einwirkung der augenblicklichen Wirtschaftskrise, und die „Frankfurter Zeitung“ ist bereits in der Lage zu melden, daß eine schwerwiegende Störung des Abzuges eingetreten ist, die dazu zwingen wird, einen Teil der noch vorhandenen Biegeleien stillzulegen! —

Die Aufrechterhaltung einer ungezügelter Privatwirtschaftlichen Interessenpolitik, deren sich besonders die Demokraten mit Vorliebe als Ergebnis der Regierungskoalition rühmen, bedroht das ganze Volk mit fortschreitender Verelendung.

## Aus der Provinz.

### Achtung!

Solange das endgültige Wahlergebnis für Mittel- und Niederschlesien nicht vorliegt, sehen wir von einer Veröffentlichung von Wahlzahlen ab. Wir können aber schon heute sagen, daß die U. S. P. in Mittel- und Niederschlesien sehr ansehnliche Erfolge zu verzeichnen hat.

### Neufalz a. D.

Einen glänzenden Erfolg für die U. S. P. D. brachten die am 30. Mai an den hiesigen evangelischen Volksschulen stattgefundenen Elternbeiratswahlen. Unabhängige und Rechte sozialisten hatten gemeinsame Listen aufgestellt. An der Knaben- und Mädchen- sowie an der Mädchenschule 4 Rechtssozialisten, 5 Unabhängige und 5 Bürgerliche gewählt. Die Sozialisten verfügten also an beiden Schulen über eine Zweidrittelmehrheit.

## Kotales.

Breslau, den 8. Juni.

Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 Uhr

## Räte-Vollversammlung in den Eisen-Sälen.

### Achtung!

Alle Genossen der U. S. P. und K. P. D., die dem Republikanischen Führerbund angehören, werden aufgefordert, am Mittwoch, den 9. Juni, in der Vollversammlung der Arbeiterräte in den Eisen-Sälen zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen.

Ausweise: Mitgliedsbücher der Partei und des Führerbundes.

## Die Reichstagswahl in Breslau.

Es erhielten von 280 539 Wählern (bei rund 369 551 Wahlberechtigten):

U. S. P. D. 21 917 (801 im Jahre 1919); S. P. D. 111 220 (162 327); Demokraten 18 686 (48 098); Zentrum 36 132 (43 243); Deutsche Volkspartei 42 177 (—); Deutsche nationale Volkspartei 41 682 (39 662); Mittelstandspartei 37 25 (—); K. P. D. ca. 1100 (—); unglücklich 1077.

Während also die Demokraten, das Zentrum und vor allen Dingen die S. P. D. Stimmenverluste erlitten, haben die U. S. P. und die Rechtsparteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei, Gewinne eingestrichelt. Unsere Partei hat ca. 21 000 Stimmen gewonnen, während die S. P. D. ca. 50 000 Stimmen einbüßte. Der Marsch der ehrlichen S. P. D.-Arbeiter ins Lager der Unabhängigen ist also offensichtlich, ebenso der Zug von den bürgerlichen Mittelparteien (Demokraten, Zentrum) nach rechts.

## Elternbeiratswahlen in Breslau am 27. Juni.

Am 27. d. Mts. finden an sämtlichen Breslauer Volksschulen und Mittelschulen die Wahlen zu den Elternbeiräten statt. Die Distrikte haben daher unverzüglich für jede Schule einen Vertrauensmann zu bestimmen. Die Vertrauensleute haben festzustellen, wieviel Elternbeiratsmitglieder an ihrer Schule zu wählen sind, sie haben weiterhin eine Vorschlagsliste aufzustellen, die mindestens fünf Kandidaten enthalten muß, als Elternbeiratsmitglieder zu wählen sind. Diese Liste muß von mindestens 20 Wahlberechtigten unterschrieben und spätestens bis zum 17. d. Mts. dem in der 2. Elternversammlung gewählten Wahlvorstand — nicht etwa dem Schulleiter — übergeben sein. Als Kandidaten dürfen natürlich nur solche Genossen und Genossinnen aufgestellt werden, die Kinder in die betreffende Schule schicken, ebenso darf die Vorschlagsliste nur von solchen Genossen unterschrieben werden, deren Kinder die Schule besuchen.

Die Vorschlagslisten sind in folgender Form einzuziehen:

### Vorschlagsliste

für die Wahl der Elternbeiräte an der evangelischen (lutherischen) Volks- (Hilfs-, Mittel-) Schule Nr. .... in Breslau.

#### I. Kandidaten.

1. Lehmann, Wilhelm, Schlosser, Wallstraße 12.
2. Schulze, Karoline, Ehefrau, Antonienstraße 4.
3. usw.; mindestens (sobiel Namen als Elternbeiratsmitglieder zu wählen sind).

#### II. Unterschriften.

1. Meyer, Hermann, Stellmacher, Neuschloßstraße 6.
2. Schmidt, Gustav, Fabrikarbeiter, Wallstraße 8.
3. usw., mindestens 20 Unterschriften.

Die Vertrauensleute für die einzelnen Schulen treffen sich Freitag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Parteifokal zu einer Besprechung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

## Der Bankbeamtenstreik

Ist beendet. Seit gestern früh arbeiten die bestreikten Betriebe wieder. Die Beamten haben ihren Kampf gegen das Bankkapital, der länger als vier Wochen dauerte, mit bewundernswertem Eifer geführt, obgleich sie die Hilfe der freien Gewerkschaften nicht geliehen bekamen. Zu unserem größten Bedauern muß festgestellt werden, daß die Solidarität der Hand- und Kopfarbeiter diesmal vorläufig noch eine Geste, zwar eine Ehrlichkeit der Handarbeiter selbst, aber eine sonderbare und häßliche Zurückhaltung der Gewerkschaftsbürokratie war. Sache der Gewerkschaftsmitglieder ist es nun, dafür zu sorgen, daß sie Männer an der Spitze haben, die die Solidarität der Hand- und Kopf-

## Epistel und Provokateure

schreiben in der letzten Zeit ihr Galunten-Handwerk ganz besonders intensiv. Die Banditen suchen die Wohnungen bekannter Genossen auf, um zu rekonoszieren.

### Genossen!

habt acht auf Epistel und Provokateure! Seht ihnen, sobald ihr sie erkannt habt, die notwendige Verhinderung! Belehrt eure Familien, bei Auskunftsbestellung an fremde Personen sehr vorsichtig zu sein.

arbeiter als ernste Sache betrachten und für Taten in diesem Sinne zu haben sind. — Die Streikenden haben sich der Entscheidung gefügt, die in Berlin zwischen den Organisationsparteien der Bankleitungen und der Beamten getroffen wurde. Die Bedingungen der Arbeitsaufnahme sind folgende:

Die Bankleitungen gewähren in Berlin den Beiratsmitgliedern 200 Mk. und den Ledigen 133 Mk. Teuerungszulage monatlich ab 1. April 1920 bei drücklicher Abnutzung für auswärtig.

Die Verhandlungen über den Reichstaxtarif beginnen am 15. Juni. An Stelle des Maigehalts wird ein Vorzuschuß in Höhe des vollen Maigehalts gewährt. Darauf wird die ab 1. April gewährte Teuerungszulage gerechnet. Im Juni werden täglich zwei Ueberstunden geleistet. Die Hälfte des Urlaubs fällt fort. — Diese Bedingungen sehen ja gerade nicht wie Siegbedingungen der Beamten aus, aber man vergesse nicht, daß sich die Streikenden nur der Berliner Einigung fügten. Sie haben moralisch den Streik nicht verloren, sie haben ferner durch den durchaus aufgezwungenen Kampf gegen das sehr hässliche Bankkapital den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit kennen gelernt. Die sehr das Bankkapital den Herrenstandpunkt vertritt, beweist auch die letzte Aufsichtsratsitzung der Deutschen Bank in Berlin. Die „Schles. Zeitung“ schreibt darüber:

Die Bankleitung hat sich entschlossen, ihren Angestellten für das Jahr 1919 nachträglich eine besondere Zuwendung zu machen, die durch die Generalversammlung zu genehmigen wäre. Nachdem die Streikfesseln der Bankbeamten für absehbare Zeit als erledigt gelten kann, bekundet die Deutsche Bank gegenüber ihren Angestellten aus eigenem Antriebe ein größeres Entgegenkommen, das sie sich nur nicht mit Gewalt abtrogen lassen wollte. Sie ist dazu auch schon durch andauernden Personal-mangel gezwungen, einerseits, um Zugang von Beamten zu erhalten, andere Seite um die Arbeitsfreudigkeit der letzteren zu heben. Da verschobene bringende Arbeiten bei der Zentrale und den Berliner Depositionskassen trotz der überaus zahlreichen Hilfskräfte, unter denen sich namentlich ein großer Teil Sozialisten befindet, immer noch nicht bewältigt werden können, sieht sich die Bank veranlaßt, für einige Monate aus ihren Provinzialstellen mit schwächerem Verkehr mehrere hundert Beamte nach Berlin zu versetzen, um die Räder mit Beschleunigung aufzuwickeln. Dabei werden in erster Linie arbeitswillige Beamte ausgewählt, die sich an dem letzten Streik der Bankbeamten in einigen Provinzialstädten nicht beteiligt haben und nun unter dem Terror der übrigen zu leiden haben.

Die Schläge, die das Bankkapital den Beamten austeilte, rufen selbstverständlich deren Radikalisierung hervor, und so wird der Tag nicht mehr fern sein, wo auch die Bankproletarier in ihrer Mehrheit den revolutionären Sozialismus als einzigen Ausweg erkannt haben werden. Zu neuen Kämpfen stehen die Bankbeamten gerüstet.

## Der Streik in der Binnenschifffahrt.

Aus den Kreisen der Binnenschiffer wird uns geschrieben: In der bürgerlichen Presse und in den Organen der freien Gewerkschaften wird mit häßlicher Freude der Zusammenbruch des Binnenschifferstreiks, der volle fünf Wochen mit seltener Beschlossenheit auf der Elbe, Oder und den märkischen Wasserstraßen gewährt wurde, konstatiert. Die verschiedenen Zeitungen bringen ebenso verschiedene Meldungen. Um nun wenigstens der arbeitenden Bevölkerung Klarheit über diesen Kampf zu geben, sehen wir uns veranlaßt, selbst einmal über ihn zu reden. Der Kampf in der Binnenschifffahrt ist ausgebrochen, weil sich die Mannschaften nicht einem Vertrag beugen wollten, der ihnen ohne ihr Willen aufzuzwingen werden sollte. Der deutsche Transportarbeiterverband, in dem die Mannschaften der oben genannten Schiffsfahrtsstraßen früher einmal organisiert waren, hatte dank seiner mit dem Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt eingegangenen Arbeitsgemeinschaft mit ihm einen Tarif für die erwähnten Ströme abgeschlossen, der die

Arbeitszeit gegen den alten um zwei Stunden am Tage verlängerte. Nach dem alten Tarif (gültig bis 31. März 1920) hatten die Mannschaften eine Nachtruhe von 10 Stunden, also eine 14 stündige Arbeitszeit. Nach dem nun abgeschlossenen Vertrag sollten sie nur 8 Stunden Nachtruhe, also 16 Stunden Arbeitszeit haben. Ebenso entsprach die Regelung der Lohn nicht dem Willen der Mannschaften. Deshalb brach am 27. April mit elementarer Gewalt der Streik aller Schiffsmanuskraften auf allen in Frage kommenden Wasserstraßen aus. Der Angestellte L. Schulz (Vertrat des deutschen T. V. B., der bei den Tarifverhandlungen, an denen die Beauftragten des Verbandes der Binnenschiffer nicht teilnehmen durften, dem Arbeitgeber-Verband (die Binnenschiffahrt) die Garantie gab, daß sich alle Schiffsmanuskraften reiflich diesem Vertrag beugen werden, hat sich jedenfalls glänzend blamiert. Er mußte es erleben, daß selbst seine Kollegen, so wenige es auch noch sind, sich gegen dieses Machwerk arbeitsgemeinschaftlicher Verbotsheit auflehnten und in den Streik traten.

Der Kampf, der mit seltener, auf den Wasserstraßen noch nie dagewesener Engherzigkeit geführt wurde, hätte zweifellos ein günstiges Ergebnis gezeitigt, wenn ihn nicht die arbeitsgemeinschaftlichen Verbände mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in schamloser Weise sabotiert hätten. In Breslau z. B. wollten diese Leute ein Streikbrecherbüro errichten. Darauf der Beiratsrat der Kollegen ist es ihnen nicht gelungen. Daraufhin gab sich der mit dazu geeigneten Elementen besetzt war, die Einheitsfront zu durchbrechen, was ihm ja beinahe sehr leicht bekommen wäre und er es vorziehen mußte, sich so schnell als möglich aus dem Staube zu machen. In Hamburg sind die Streikenden auf Verreiben ähnlicher Herren durch Schlaßhelme mit Maschinen-gewehren von ihren Fahrzeugen vertrieben worden. Ja, noch mehr: Auf der Elbe, wo es die Stromverhältnisse gestatten, sind mit Hilfe dieser Leute die Schiffe mit Arbeitswilligen aus der Marinebrigade besetzt und unter dem Schutze von Maschinen-gewehren in Fahrt gebracht worden, so daß die Streikenden allmählich schwanzend wurden und sich gezwungen sahen, um weiteren Konsequenzen aus dem Zuge zu sehen, die Arbeitsaufnahme zu beschließen.

Ein weiterer Faktor am vorzeitigen Abbruch des Streiks ist zweifellos die Macht- und Willenslosigkeit der heutigen Regierung. Die Streikenden mit Einschluß einer großen Anzahl kleinerer Firmen und Genossenschaften forderten von der Regierung die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Erledigung der Streitfrage. Dies lehnte aber die sozialistisch durchgezogene demokratische Regierung unter dem Druck der Wasserkapitalisten rundweg ab. Man ersieht daraus klar und deutlich, wie weit diese Regierung gewillt ist, den Interessen der Arbeiter entgegen zu kommen.

Wie dem aber auch sei: Dieser Kampf ist zu Ende. Wie lange die Ruhe aber anhalten wird, ist eine zweite Frage. Die Herren Unternehmer werden zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß sie auf die Garantie ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Verbände nicht das geringste Gewicht legen dürfen. Die Mannschaften sind nach wie vor auf der Hut, und wenn erst die Wunden wieder einigermaßen verheilt sind, werden sie im geeigneten Moment ihre Faust wieder ruhen lassen und nicht eher die Arbeit aufnehmen, bis der Sieg endgültig ihrer ist. Sie haben wieder gelernt und sie werden stets eingedenk des Wortes handeln: „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“

## Haushaltsplan der Stadt Breslau für 1920.

VI. Betriebsverwaltungen.

Der Gesamtüberschuß, den die städtischen Betriebsverwaltungen nach den Beschlüssen des Magistrats abwerfen sollen, beläuft sich auf 54 555 270 Mk. Das bedeutet gegenüber den ersten Annahmen der Verwaltungen ein Mehr von über 32 Millionen, gegenüber dem Voranschlag für 1919 ein Mehr von rund 39,6 Millionen Mk. Um schwersten ins Gewicht fällt bei diesem um ein Mehrfachen gesteigerten Soll-Einnahmen der Uebererschuß aus den Gaswerken, der nach dem Voranschlag des vergangenen Jahres 6 911 590 Mk. betrug und der sich nach den Beschlüssen des Magistrats im Verhältnis zu der ersten Auffassung der Verwaltung von 13 640 000 Mk. auf 42 624 000 Mk. erhöht, mithin mehr als verdreifacht hat. Als Ursache für diese gewaltige Zunahme ist neben der Pinaufhebung der Gasgrundgebühr die nicht minder bedeutende Mehreinnahme aus den Nebenerzeugnissen der Gaswerke (Teer, Koks usw.) anzusprechen. Was die Verwaltung bei ihren ersten Berechnungen von einem Gaspreis von 64 Pf. für den Kubikmeter und einem Teerpreise von 150 Mk. für die Tonne ausgegangen, so konnte der Magistrat nach den inzwischen gefassten Beschlüssen der Betriebsdeputation einen Gaspreis von 140 Mk. und nach der nachträglich eingetretenen allgemeinen Erhöhung der Teerpreise hier einen solchen von zehnfacher Höhe, 1500 Mk. für die Tonne zugrundelegen. Das dadurch bei der zu erwartenden Erzeugung von etwa 6000 Tonnen Teer, abgesehen von der gleichfalls nicht geringen Steigerung der Kokspreise, ganz bedeutende Mehreüberschüsse errechnet werden konnten, liegt auf der Hand, wie andererseits nicht verkannt werden darf, daß die namentlich von der ärmeren Bevölkerung schwer empfundene Pinaufhebung der Gasgebühr nur durch den in den vorhergehenden Veröffentlichungen an zahlreichen Beispielen erläuterten stark gesteigerten Mehrbedarf der Zukunftsverwaltungen gerechtfertigt erscheint.

Die gleiche oder doch wenigstens eine annähernd gleiche Vermehrung der Einnahmen wie bei den Gaswerken konnte bei den anderen Verwaltungen des vorstehenden Abschnittes des Haushaltsplanes leider nicht erzielt werden. Bei der Straßenbahn ließ sich, trotz der ursprünglich in Aussicht genommenen, hernach aber wieder fallen gelassenen Einführung des 50 Pfennig-Tarifes nur ein um 16 900 Mk. (von 1 860 100 Mk. nach der ersten Annahme der Verwaltung auf 1 877 000 Mk. nach den Beschlüssen des Magistrats), bei den Elektrizitätswerken ein um 1 810 000 Mk. (von 5 690 000 Mk. auf 7 500 000 Mk.) und bei der städtischen Bank ein um 200 000 Mk. (von 300 000 Mk. auf 500 000 Mk.) erhöhter Uebererschuß erreichen, wohingegen der von der Verwaltung der Wasserwerke in Aussicht gebrachte Uebererschuß von 2 821 000 Mk. sogar um 591 000 Mk. vermindert werden mußte. Auf der anderen Seite gelang es freilich dem Magistrat, vornehmlich durch entsprechende Pinaufhebung der Gebühren, der ursprünglich mit 105 800 Mk. angenommenen Fehlbetrag der Wasserverwaltung in einen Uebererschuß von 124 000 Mk. und den Fehlbetrag des Salab- und Viehhofes (1 561 600 Mk.) in einen Uebererschuß von 464 700 Mk. umzuwandeln, wie er ferner durch entsprechende Maßnahmen auch den Zuschuß der Jahrhunderthalle von 80 000 Mk. auf 40 000 Mk. herabmindern zu können meinte.

Alles in allem zeigte sich hier, daß Mehreinnahmen beträchtlichen Umfangs entweder, wie beim Verkauf von Teer und Koks durch die Gaswerke, als Folge der in diesem Falle günstigen Marktlage in Erscheinung treten oder, wie bei den anderen Verwaltungen, durch die Erhebung höherer Gebührensätze eingebracht werden können. daß aber in beiden Fällen mit dem weiteren Fortbestehen zweier augenblicklich allgemeiner Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens gerechnet werden muß: Dem Anhalten der gegenwärtigen Teuerung und der unerminderten Gebührensätze.

### Direkte und indirekte Steuern.

Die Reineinnahmen aus direkten und indirekten Steuern sind durch die Beschlüsse des Magistrats in den Haushaltsplan des Jahres 1920 mit einem den vorjährigen Voranschlag von 5 928 300 Mk. übersteigenden Betrag, mit 105 695 000 Mk. eingesezt worden. In Sozialleistungen sind vorzuziehen 85 635 000 Mk. als Anteil an der Reichseinkommensteuer, 12 082 000 Mk. aus der Gemeindegemeinschaft, 6 926 000 Mk. aus der Vermögenssteuer.

